

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 47.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 19. November 1909.

Insertionspreis für die viersp. P. Zeile 30 Pfg. Stellensuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

## Kündigung der Verträge im Holzgewerbe!

Beim Erscheinen dieser Zeilen befinden sich bereits eine ganze Reihe von Zahlstellen in Verhandlungen über die Erneuerung der im ersten Viertel des nächsten Jahres ablaufenden und mit dem Arbeitgeberschutzverbande getätigten Verträge. Während die Arbeiterorganisationen nur einen Teil der bis zum Februar 1910 ablaufenden Verträge kündigten, hat der Schutzverband die Kündigung für sämtliche Verträge ausgesprochen, deren Ablaufstermine in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April liegen. Wie die Fachzeitung bekannt gibt, sind seitens des Schutzverbandes die Verträge in folgenden Orten gekündigt worden: Barmen, Berlin inkl. Weipensee, Rixdorf und Charlottenburg, Bernau, Bernburg, Beuthen, Brandenburg, Bromberg, Ehorn, Burg b. Magdeburg, Köln, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Götting, Göttingen, Greifswald, Guben, Halle a. S., Hannover, Harburg, Hildesheim, Kiel, Königsberg, Langensalz, Leipzig, Lübeck, Lüneburg, München, Oldenburg, Posen, Potsdam, Duedlinburg, Rendsburg, Spandau, Stargard, Zeitz und Wittau. Dazu kommen noch die Verträge in Braunschweig, Stettin und Sassenhausen, die bereits seitens der Arbeiterorganisationen zum 31. Dezember gekündigt waren.

Die Kündigung erfolgte bei unsern Zahlstellen durch nachstehendes, einheitlich abgefaßtes Schreiben:

Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe  
den 6. November 1909.  
An den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands,  
Zahlstelle . . . . .

Nachdem die Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitgeberschutzorganisationen für das Deutsche Holzgewerbe die Erneuerung der ablaufenden Verträge ins Auge gefaßt haben und auf beiden Seiten die Geneigtheit besteht, dieses Ziel ohne Unterbrechung des gewerblichen Friedens zu erreichen, hat sich die gegenseitige Kündigung aller derjenigen Verträge als notwendig erwiesen, welche vom 1. Januar bis 1. April 1910 ihr natürliches Ende erreichen.

Wie uns durch unsern Zentralvorstand mitgeteilt wurde, soll durch diese gegenseitige Kündigung eine Basis für die schon im November stattfindenden örtlichen Verhandlungen geschaffen werden.

Wir kündigen deshalb frist- und forngerecht den mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag und erklären uns jetzt schon bereit, am Donnerstag, den 18. November über die Erneuerung unseres bisherigen Verhältnisses mit Ihnen in Beratung zu treten. Ort und Stunde der Zusammenkunft bitten wir, mit uns zu vereinbaren.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe.  
Für den Zentralvorstand: Für den Bezirksverband . . . . .

Damit ist eine umfangreiche Bewegung eingeleitet, wie sie es dahin in der Holzindustrie noch nicht zu verzeichnen war. In mehr wie 40 Städten sollen für 40 000 Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für mehrere Jahre neu geregelt und tariflich festgelegt werden. Dieses Bild wird sich in den nächsten Jahren wiederholen, eine Mahnung, daß wir für die Stärkung des Verbandes zuviel niemals tun können; eine Mahnung aber auch für die nicht organisierten Kollegen, die dem Verbands angeschlossen, um bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort mitreden zu können. Mögen unsere Kollegen sich überall ihrer Verantwortung bewußt sein und den kommenden Situationen gewachsen zeigen.



## Südwestdeutschland.

Der Kampf in Südwestdeutschland ist nun endgültig beilegt, nachdem durch das Einigungsamt des Frankfurter Gewerbegerichtes die in Frankfurt a. M. in einzelnen Betrieben bestehenden Differenzen beseitigt sind. Wohl sind in Frankfurt, Mannheim und Ludwigshafen einige unserer Kollegen noch außer Arbeit, doch dürften auch diese bald wieder in Arbeit sein.

Bekanntlich kündigte der „Südwestdeutsche Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe“ die für Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim bestehenden Tarifverträge und legte unsern Kollegen in diesen Städten einen Normaltarifvertrag vor, der gegenüber den bisherigen Verträgen zum Teil ganz wesentliche Verschlechterungen enthielt. Selbstverständlich lehnten

wir die Annahme eines solchen Vertrages entschieden ab, besonders auch deswegen, weil dieser Normaltarif der Vorläufer zum Reichstarif sein sollte. Mit welcher schönen Bestimmung die deutschen Holzarbeiter von dem Tarifmacher des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes bedacht werden sollten, ist schon des öfteren hervorgehoben worden, doch seien hier noch einige Bestimmungen mitgeteilt. Im § 2 hieß es unter anderem:

Voraussetzungen für Gewährung des jeweiligen Lohnsatzes sind:  
1. Daß die vorgeschriebene Lehrzeit beendet ist und der Arbeiter nach derselben ein Jahr in seinem Berufe als Schreiner, Maschinenarbeiter oder Glaser beschäftigt war.  
2. Kenntnis der Ausführung der Vorarbeiten für ortsübliche Arbeiten.

3. Ausführung der ortsüblichen Arbeiten.  
4. Bei nichtgelernten mindestens vierjährige Tätigkeit als Arbeiter in einer Schreinerei, Möbelfabrik, Glaserie und dergl.

Jeder Arbeiter hat auf Verlangen die Ausweis-papiere über seine bisherige Tätigkeit und Lehrzeit vorzulegen.

Jeder Arbeiter ist zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet.

Die Angemessenheit der Gegenleistung wird nach einer von der zuständigen Tarifüberwachungskommission aufgestellten Norm bestimmt. Wird bei einer Arbeit die angemessene Gegenleistung durch Verschulden des Arbeiters nicht erreicht, so ist der Arbeitgeber zu einer entsprechenden Lohnkürzung berechtigt, die jedoch nicht über 10% des hierfür verdienten Lohnes hinausgehen darf. Befiehlt über die Berechtigung der Kürzung Streik, so entscheidet die zuständige Tarifüberwachungskommission unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse. . . . Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muß infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Sistierung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung bei Materialförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Arbeitsstätten beschäftigten Mitarbeiter kann der Arbeiter keinen Lohn beanspruchen.

So etwas eröffnete ganz nette Aussichten. Daß diese Bestimmungen aus dem jetzigen Normaltarif beseitigt wurden, ist wohl selbstverständlich. Selbst Arbeitgeber gaben zu verstehen, daß derartige Bestimmungen wie die Leistungsklausel im Schreinergewerbe nicht durchzuführen seien. Auch Herr Dr. Reiner, der Sekretär des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes wird sich durch den Gang der Bewegung überzeugt haben, daß man nicht alles über „einen Leisten schlagen“ kann. Und wenn man uns mit solchen und noch einigen anderen Bestimmungen in Zukunft in Ruhe läßt, könnte viel Erbitterung unter den Holzarbeitern erpart bleiben.

Mitte Februar fanden in Mannheim die ersten Verhandlungen statt. Zuerst sollte der Normaltarif beraten werden und dann in den einzelnen Orten der materielle Inhalt der Verträge. Bei der ersten Verhandlung traten die Herren vom Südwestdeutschen Arbeitgeberverband selbstbewußt auf. Wir sind jetzt auch organisiert und scheuen einen Kampf nicht mehr — so und ähnlich ließen sie sich vernehmen. Im Verlaufe der Verhandlungen steckten sie aber doch um doch zurück und der Normaltarif bekam nun ein ganz annehmbares Gesicht, so daß auch wir uns mit demselben einverstanden erklären konnten. Nun kam die Frage des Ablauftermins an die Reihe. Die Arbeitgeber verlangten den 12. Februar 1911 als Ablaufstermin, wir aber das Jahr 1912. An dieser Frage scheiterten schließlich die Verhandlungen und wurde dieselbe den beiderseitigen Zentralvorständen zur Regelung überwiesen. Dann trat in „Südwest“ eine vollständige Ruhe ein. Ende Juli wurde den Kollegen aber das „Warten“ aber zu lang und wurden dann in Heidelberg und Karlsruhe Lohnforderungen gestellt. In Karlsruhe kam nach einigen Verhandlungen eine Einigung zu stande und wurde dort als Ablaufstermin der 17. Februar 1912 festgelegt. In Heidelberg kam es zu keiner Einigung und so wurde dort die Arbeit niedergelegt. Nun wurde auch in Mannheim und Ludwigshafen Forderungen eingereicht und die Meinung, daß es hier zu einer friedlichen Einigung käme, da ja der Normaltarif und der Ablaufstermin schon vereinbart war, war fast allgemein. Um so erstaunter waren die Kollegen als bei Beginn der Verhandlungen die Arbeitgeber erklärten, daß die in Karlsruhe getroffene Vereinbarung bezüglich des Ablaufstermins nichtig sei und sie nach wie vor am 12. Februar 1911 festhalten würden. Diese, an Provokation grenzende Haltung schlug dem Faß den Boden aus und wurde in beiden Städten die Arbeit niedergelegt.

Inzwischen traten auch die Frankfurter Scharfmacher auf den Plan. Schon bei den Verhandlungen in Mannheim verlangten sie, daß auch für Frankfurt ein Vertrag abgeschlossen würde, trotzdem für Frankfurt Forderungen nicht gestellt waren. Es fiel allgemein auf, daß gerade die Frankfurter Arbeitgeber auf einmal einen Vertrag verlangten, da sie doch seinerzeit den in Leipzig gefällten Schiedsspruch nicht anerkannt hatten. Die Frankfurter Arbeitgeber beschloßen nun, sämtliche Holzarbeiter auszusperren; mit welchem Erfolge ist ja bekannt. Die meisten Schreinermeister kümmerten sich um die Aussperrung gar nicht. Doch

viel jämmerlicher war die für ganz Süddeutschland angedrohte Aussperrung. Außer Frankfurt a. M. wurde nicht in einem einzigen Orte ausgesperrt. Als sich die Arbeitgeber nun von allen „Geistern“ verlassen sahen, suchte man nach arbeitswilligen Holzarbeitern. Da diese aber sehr rar sind, mußten die Arbeitgeber gar bald einsehen. Trotzdem in dem Annoncen 10 Mk. pro Tag versprochen wurde, ließen sich nur sehr wenige anmel-

Dazu kam noch, daß es im Lager der Arbeitgeber zu Rumoren anfing. In den pfälzischen Tageszeitungen schimpfte ein „kleiner Arbeitgeber“ ganz gewaltig über die rücksichtslose Machtpolitik der „Großen“ im Arbeitgeberverband. In Ludwigshafen fielen eine Reihe Schreinermeister vom Arbeitgeberverband ab und bewilligten unsere Forderungen. In Pforzheim kam nach kurzem Kampfe, eine Einigung zustande. Bei der Kündigung des Tarifvertrages teilte der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband mit, daß er zwar vor dem Gewerbegerichte in Pforzheim erschienen, sich aber unter keinen Umständen einem Schiedsspruch fügen werde. Es kam aber, wie Figura zeigt, anders!

Unter diesen Umständen hielten es die Arbeitgeber ratsam, auch in Frankfurt, Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg einzuliegen. Und so kam es dann zur einer Verständigung auf der ganzen Linie.

Das „Meisterstück“ des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe ist also nicht nach Wunsch der „Prüfungsableger“ ausgefallen. Und wenn die Arbeitgeber aus dieser Bewegung ihre Lehren ziehen und in Zukunft vor einem Kampfe sich zur Verständigung herbeilassen, könnten derartige, beide Teile schädigende Kämpfe vermieden werden.

Auch unsere Kollegen haben aus diesem Kampfe ihre Lehren zu ziehen. Gute Löhneverhältnisse, (Lohn- wie Hauptkasse) haben uns diesen Erfolg gesichert. Sorgen wir dafür, daß dies auch in Zukunft so ist. Der hier erzielte Erfolg sollte dazu aber auch zu einer regen Agitationsarbeit für unseren Verband anspornen.



## Studentische Arbeiterbildungsschulen.

Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ (M. Glöckner) bittet uns um Aufnahme des folgenden Artikels:

In unserer Zeit, wo man alles nach Zahlen und Maßen berechnet und wenn irgend möglich in Geldwert umsetzt, wird die Tatsache, daß im verflohenen Sommersemester (im Wintersemester 1908-09 waren es noch mehr) 500 Studenten, 5000 Arbeiter, in den verflohenen Herbstferien schon etwa 700 Studenten, 900 Arbeiter in Elementar- und Fortbildungsschulen unterrichtet haben, daß die hierzu bestimmten Arbeiterkurse sowohl in der Studienzeit in den Universitätsstädten, als auch in den Ferien daheim, in rascher Entwicklung stehen, nicht hoch angeschlagen werden. Und doch ist es eine bedeutende Erscheinung; es ist ein Korn, aus dem ein ganz Deutschland überschattender Baum emporsprossen soll; ein erster Schritt zur Klassenversöhnung, zur einheitslichen Volkskultur.

Die Erweiterung der Kenntnisse, die auch nicht zu unterschätzen ist, kommt dabei nicht in erster Linie in Betracht; die könnte jede beliebige Fortbildungsschule vermitteln. Was der akademischen Jugend als Ideal vorgeschwebt, ist das Anknüpfen persönlicher Beziehungen, die Ausgleichung der scharfen Klassengegenstände, die Kameradschaft mit den vom Schicksal weniger begünstigten Jugendgenossen. Es gibt kein schöneres Gefühl, als das der Freundschaft zwischen Menschen, die gar nicht mehr darnach fragen, welchen Standes und Ranges sie sind; da ist keine Rede mehr von Nehmen und Geben, nur noch von Verstehen. Die Studenten sind auf der Suche nach ihren Brüdern; sie fühlen sich beunruhigt in ihrem geistigen Ueberfluß, wie ein Erbe, der in seinem herrlichen Palaste wohnt, und wüßte, daß seine Brüder draußen irren und darben.

Nicht alle Studenten, o nein; das wäre Uebertreibung. Aber viele. Es sind auch nicht alle Arbeiter bereit auf die Stimme der Suchenden zu antworten; nicht alle sehnen sich nach Versöhnung. Wohlja, die besten der Arbeiter mögen mit den besten der Studenten Freundschaft schließen; von beiden Seiten mögen offene Augen wachen, daß keine niederen Motive, Klasseninteressen, müßige Neugierde sich einschleichen und das so schön begonnene Werk schädigen.

An 22 Hochschulen existieren bereits „Studentische Semestrale Arbeiterkurse“, in 11 Heimatsorten dieser ähnliche „heimatliche Arbeiterkurse“. Die Fächer umfassen das gesamte Gebiet des Elementarunterrichts und greifen hier und da in die Sphäre des Fortbildungsunterrichts hinein. Damit ist schon gesagt, daß die behandelten Stoffe durchaus neutral sind und daß eine politische und religiöse Stellungnahme unterbleibt. Es ziemt Studenten nicht, derartige wichtige Fragen, zu deren Behandlung gereifte Männer allerer kompetent

sind, zu traktieren. Bezüglich des Publikums hat man je nach den Verhältnissen entweder die ganz allgemeine Form einer öffentlichen Einrichtung, zu welcher jedweder Zutritt hat, oder die weniger umfassende Form einer Angliederung an bestimmte Volks- und Arbeitergruppen gewählt. Beide Formen sind wertvoll. Bei Einrichtung der Kurse in der ersten Form ist erfahrungsgemäß die Gemeinde gerne bereit gewesen, Unterrichtsraum, Heizung und Licht zur Verfügung zu stellen. Letztere Form wird vielfach von Gewerkschaften und Vereinsgruppen gewünscht, die ihrerseits gerne in jeder Weise die so mögliche intensive Schulung ihrer Mitglieder und die so zu gewinnende Fühlung mit der Studentenschaft fördern.

Zwei große Verbände, die sich der Sache der Volksbildung widmen, haben die genannten Kurse zusammengefaßt: Der ältere, im Jahre 1901 vom Ingenieur Wagner in Charlottenburg gegründete „Verband akademischer Arbeiter-unterrichtskurse Deutschlands“ und ein neuerer, der „Westdeutsche Verband heimatlischer Arbeiter-kurse“. Der erstere hat seinen Sitz in Berlin N 24, Elßnerstraße 23, der letztere in Düsseldorf (Phil. Sprift, Berrenrath) Charlottenstr. 81. Letzterer beschränkt sich auf „heimatliche Arbeiterkurse“, also auf die Ferien, ersterer umfaßt „semestrale“ und „heimatliche“. Von beiden nimmt nur der Düsseldorfer Verband als gleichberechtigt auch Kurse auf, die sich an bestimmte Gruppen, z. B. Gewerkschaften anlehnen. Interkonfessionell sind beide.

Neben dieser Arbeiterkursbewegung steht erfreulicher Weise auch sonstige soziale Rührigkeit der Studentenschaft, die wir mit Freuden konstatieren können. Die Studenten nehmen größeren Anteil am Leben der sozialen Standesvereine. Wir denken an Arbeitervereine, Gesellenvereine, Jünglingsvereine, Gewerkschaften, Reiservereine usw. Sie helfen beim Ausleihen und Ordnen der Bibliotheken, halten Lesesabende für junge Leute ab; in den Lützowvereinen übernehmen sie eine Turnabteilung, turnen mit und machen Spaziergänge mit einer Gruppe jugendlicher. Sie wohnen zeitweise mit den Gesellen in den Gesellenhäusern, teilen deren Beschäftigungen, und halten ihnen wissenschaftliche Vorträge. Auch in den Theaterabteilungen der volkstümlichen Vereine sind sie beteiligt.

Was als besonders wirksam bei all diesen Veranstaltungen bezeichnet werden kann, ist die Zusammenarbeit der studentischen Jugend mit den jugendlichen Arbeitern. Wir müssen die Jugend wirken lassen, ihr alle Wege zum Guten und zum Glück offen halten. Das Uebrige besorgt sie dann selbst. In ihr springen alle Quellen des Lebens und der Freude in unergründlicher Fülle. Wo junge Leute zusammenkommen, welchen Standes sie auch seien, um gemeinschaftlich zu arbeiten und sich zu vergnügen, da werden sie schnell zu Freunden und fördern einander. Jugendeindrücke, Jugendschicksale sind die schönsten, die dauerhaftesten. Wir müssen und wollen erreichen, daß Studenten und Arbeiter einander kennen und achten lernen, sich gegenseitig fördern und ihre Freundschaft durchs ganze Leben bewahren. Das wird sie glücklicher machen als der unverständige, blinde Haß, der jetzt die Klassen trennt.

Die Gewerkschaften könnten hierzu helfen, sie könnten jede Form des Kontaktes und des Verkehrs zwischen Arbeitern und Studenten fördern, könnten vor allem mit-helfen das studentische Arbeiterbildungswesen auszubauen. Machen wir einen Stoß ins Große und beginnen einen Fehlschlag zur Einrichtung studentischer Arbeiterbildungsschulen in den Industrievierteln. Die Osterferien 1910 sind das erste Probejahr.

### Finanzreform und Volkswirtschaft.

V.

Die Beantwortung der Frage, in wie weit die steigende Produktivkraft und das steigende Volkvermögen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung wirkt, ist nicht leicht. Die Statistik kann hier nur Durchschnittszahlen geben. Wenn solche Durchschnittszahlen auch dann die Steigerung der Konsumkraft im allgemeinen erkennen lassen, so ist nicht ausgeschlossen, daß der vermehrte Konsum den besitzenden und bemittelten Klassen vorzugsweise zu gute kommt, während die unteren Volksschichten in ihrer Lebenshaltung keine wesentliche Besserung erfahren. Es erscheint uns deshalb besonders notwendig, erstens die Darstellung der Konsumkraft im allgemeinen und zweitens die Darstellung der Einkommensverhältnisse der lohnarbeitenden Klassen im Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise. Die erste Frage beantworten wir aus den Materialien der amtlichen Deutschen Finanzreform. Zur Beantwortung der zweiten Frage benutzen wir vorwiegend das Material, welches das Korrespondenzblatt der General-Kommission in einer Reihe von Artikeln veröffentlicht hat.

Für die Schätzung der Konsumkraft des Volkes kommt vorwiegend in Frage der Konsum an Lebensmitteln, und zwar solcher, welche direkt konsumiert werden und solcher, welche zur Erzeugung von Konsummitteln (Fleisch, Bier usw.) verwendet werden. Auf Grund der amtlichen Materialien geben wir folgende Zusammenfassung wieder.

Es sind der Konsum von:

	Im ganzen		Pro Kopf der Bevölkerung	
	1899	1906	1899	1906
Getreide	227.000 t	282.000 t	39,5 kg	44,1 kg
Leguminosen	52.000 t	53.000 t	8,7 kg	8,8 kg
Wurste	32.000 t	35.000 t	5,3 kg	5,8 kg
Fleisch	32.000 t	35.000 t	5,3 kg	5,8 kg
Fisch	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Obst	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Getränk	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Tabak	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Alkohol	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Wasser	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Gas	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
Strom	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
sonstige	12.000 t	12.000 t	2,0 kg	2,0 kg
<b>Gesamt</b>	<b>322.000 t</b>	<b>352.000 t</b>	<b>52,8 kg</b>	<b>56,1 kg</b>

Die Steigerung pro Kopf der Bevölkerung ist ganz erheblich. Bemerkenswert ist die Steigerung des Weizenkonsums, der als Maßstab für bessere Lebenshaltung bei uns in Deutschland besonders in Betracht kommt, weil wir mehr Roggen als Weizen produzieren und deshalb Weizen mehr vom Ausland importieren müssen. Der Weizenkonsum hat sich seit 1879 fast verdoppelt. Ein Vergleich mit anderen Kulturstaaten ergibt folgendes Bild. Der Weizenkonsum in fünfjähriger Periode berechnet betrug pro Kopf Kilogramm:

	1899/04	1900/04	1901/06
Deutschland	64,7	63,6	83,6
Oesterreich-Ungarn	89,0	89,0	106,9
Großbritannien u. Irl.	168,0	161,8	178,2
Frankreich	224,6	214,8	214,4
Berein. Staaten Amerikas	119,5	105,3	91,5

Absolut ist also der Weizenverbrauch in Deutschland geringer als in den andern Ländern. Es rührt dies, wie schon gesagt, wesentlich daher, daß wir in Deutschland mehr Roggen als Weizen anbauen und deshalb Nahrungsgewohnheit mehr dem Roggenbrote als dem Weizenbrote zuneigt. Während aber in England und Frankreich der Weizenverbrauch ziemlich stabil geblieben ist, ist derselbe in dieser Berechnung bei uns um fast 30% gestiegen; seit 1879 um fast 50%. Um ein zutreffendes Bild zu gewinnen, muß auch der Roggenkonsum in Vergleich gestellt werden. Derselbe betrug pro Kopf der Bevölkerung:

	1899/04	1898/99	1891/95	1886	1900/04	1902/06
Deutschland	125,2	144,5	135,1	150,1	150,0	151,1
Oesterreich-Ungarn	66,0	63,6	60,4	55,3	64,2	64,0
Frankreich	38,5	37,0	37,4	34,6	30,3	—
Berein. Staaten Amerikas	8,2	8,1	7,6	4,4	6,9	7,4
Großbritannien u. Irl.	1,2	2,1	2,1	2,5	2,4	2,4

Auch dieser Vergleich ist interessant. Er zeigt uns, daß England und Amerika kaum einen nennenswerten Roggenkonsum haben, Frankreich schon etwas mehr. Dafür haben diese Staaten einen umso größeren Weizenkonsum. Neben der Steigerung des Weizenkonsums hat aber Deutschland eine erhebliche Vermehrung des Roggenkonsums. Aus dem ganzen ergibt unabweislich die Steigerung der Konsumkraft unseres Volkes.

Wichtig wäre zu wissen, wie es sich mit dem Fleischkonsum verhält, weil derselbe ganz besonders als Gradmesser der Konsumkraft gilt. Leider gibt es darüber keine statistischen Berechnungen, die vergleichbar wären.

Eine Denkschrift des deutschen Landwirtschaftsrats gelangte für das Jahr 1900 zu einer Schätzung von 33,3 kg Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung, während sich auf Grund der neuesten Berechnungen für das Jahr 1907 ein Fleischkonsum von 52,59 kg pro Kopf der Bevölkerung ergibt. Die Steigerung ist also auch hier sehr erheblich.

Für England wird der Fleischkonsum berechnet für 1900 mit pro Kopf 54,5 kg und für 1906 mit 52,6 kg.

Ergänzend sei noch ein Vergleich des Verbrauchs in Roheisen und Steinkohlen in den verschiedenen Ländern gegeben, der zwar ebensowohl als Gradmesser für die Lebenshaltung wie für die industrielle Betätigung in Frage kommt. Es betrug pro Kopf der Bevölkerung der Verbrauch an

	Steinkohlen		Roheisen	
	1883	1906	1883	1906
Deutschland	1,06	2,21	77,25	197,80
Oesterreich	0,25	0,41	20,70	29,60
Großbritannien	3,85	4,03	194,96	199,40
Frankreich	0,81	1,33	52,10	82,40
Bereinigte Staaten	1,54	3,65	63,70	321,80
Belgien	2,45	3,32	133,00	253,10

Im Roheisenverbrauch stehen wir also beinahe mit England, dem ältesten Industriestaate, gleich. Es ließe sich noch eine Reihe anderer Merkmale der gesteigerten Konsumkraft des Volkes anführen. Das Gesagte aber genügt für unseren Zweck. Im Verein mit den anderen Darlegungen über Volkvermögen, Volkseinkommen, Kapitalbildung und Produktionssteigerung bilden diese Zahlen einen sichern und unwiderleglichen Beweis dafür, daß sich der deutsche Volkswohlstand erheblich gehoben hat.

Wir wollen jetzt versuchen die andere Frage zu beantworten, inwiefern Lohn- und Lebenshaltung des Arbeiters Anteil an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung haben.

Es ist bereits eingangs dieses Artikels darauf hingewiesen worden, daß die Unterlagen für die Beantwortung dieser zweiten Frage in der Hauptsache dem „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften entnommen sind und zwar einer, mit der Nr. 35 09., anhebenden Artikelserie „Empfindsarbeit oder positive Erfolge?“ Die Ausführungen des „Korrespondenzblatt“ richten sich gegen die Herabsetzung des Wertes der gewerkschaftlichen Arbeit, die Kamahy mit Hilfe wenig einwandfreier statistischer Zusammenstellungen in seiner Schrift „Der Weg zur Macht“ vertritt. Die Verwendung des Materials des „Korrespondenzblatt“ erklärt sich wesentlich mit aus dem Charakter unserer ganzen Abhandlungen, die nicht zuletzt auch der abweichenden Auffassung gegenüber tendenziöser Aufschneiderei auf dem Gebiete der Finanzreform zu dienen bestimmt sind: so haben wir wenigstens nach dieser Seite dem Vorwurf der Benützung eigener für unseren Zweck unzureichender Unterlagen von vornherein vorgebeugt. Den hohen Wert der von dem „Korrespondenzblatt“ gesammelten Materialien sei dadurch in keiner Weise Mißbrauch getan.

Um den Anteil der Arbeiter an der unabweisbar vorhandenen und im vorstehenden mit erschöpfendem Material nachgewiesenen Steigerung des allgemeinen Wohlstandes zu ermitteln, ist es vor allem erforderlich, die Entlohnung der Arbeiter unter der Lebensmittelpreise in Vergleich zu bringen, mit anderen Worten die Kaufkraft der Löhne zu prüfen, schlußendlich, ob nicht die Preissteigerung durch eine Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, wie sie namentlich

durch die Preise der Lebensmittel bedingt werden, wett gemacht oder gar überholt worden sind. Wir haben also untersucht 1. die Entwicklung der Lebensmittelpreise und 2. die Entwicklung der Löhne. Zugrundegelegt ist dabei die Periode von 1895 an, als diejenige, in welcher die Wirkung der gewerkschaftlichen Arbeit fühlbar in die Erscheinung tritt.

Zur Beleuchtung des ersten Punktes verwenden wir die Hand des „Korrespondenzblatt“ die Calwer'schen Indexziffern, die einen angelegentlich der mangelhaften Verwertbarkeit unserer Warenpreisstatistik bemerkenswerten Versuch darstellen, die Preisbewegung mit Rücksicht auf ihren Einfluß auf den Konsum richtig zu bewerten, indem der Preis der Ware Beziehung zum Verbrauch derselben gesetzt wird. In diesem Behufe wird die Beteiligungsziffer von 17 Waren, die im Volkshaushalte eine ausschlaggebende Rolle spielen, an je einer Verbrauchseinheit (z. B. an je 100 Liter) einzeln ausgerechnet und mit dem Preis der betreffenden Ware pro Gewichtseinheit multipliziert. Die Summe dieser so erhaltenen 17 Einzelergebnisse ergibt den Betrag für eine Konsumeinheit in Mark. Dieser Betrag zeigt das jeweilige Warenpreisniveau an und kann als Indexziffer gelten. Der Wert der Calwer'schen Indexziffern beruht vornehmlich auf der Auswahl der zur Berechnung herangezogenen Waren durch die Calwer nicht nur 67% aller, für den Arbeiterhaushalt in Frage kommenden Waren berücksichtigt, sondern die auch, weil die gesamte Versorgung des Landes mit diesen Waren in irgend einer Form, sei es unmittelbar oder mittelbar, in den Konsum übergeht, einer rechnerischen Erfassung zuläßt und daher einen ansehnlichen Schritt auf dem Wege zu dem Ziele ermöglicht: die Gesamtwirkung der hauptsächlichsten Warenpreis-Veränderungen auf den Haushalt zu bemessen. Was insbesondere die Herabziehung anderer Waren, als bloßer Nahrungsmittel, anbelangt, so braucht beispielsweise bezüglich der Baumwolle nur deren Verwendung zur Kleidung und Wäsche erinnert zu werden, während Roheisen und Steinkohle bekanntlich auch im Wohnungsbaue in den Konsum übergehen.

Ohne im übrigen weiter auf die Eigentümlichkeiten und die, von ihrem Autor selbst nachdrücklich hervorgehobenen Mängel der Calwer'schen Rechnungsmethode eingegangen, geben wir im Nachstehenden die Ergebnisse wieder, zu denen dieselbe geführt hat. Zur Durchführung des Vergleichs ist für das Jahr 1895 gewonnene absolute Preisziffer als Maßstab (100) benützt. „Es stellte sich die Indexziffer, d. i. der auf Grund der gleichen Großhandelsnotierungen berechnete Kostenbetrag pro Verbrauchseinheit in Mark, wie folgt:

Jahr	Absolute Ziffer	Relative Ziffer	Jahr	Absolute Ziffer	Relative Ziffer
1895	4618,55	100,00	1902	5166,28	111,86
1896	4606,30	99,74	1903	5167,70	111,89
1897	4914,41	106,46	1904	5353,95	115,92
1898	5162,09	111,77	1905	5664,76	122,65
1899	4994,90	108,15	1906	5662,00	122,59
1900	5334,16	115,49	1907	5986,25	129,61
1901	5281,02	114,34	1908	5886,88	127,46

Man ersieht aus den vorstehenden Ziffern, um wieviel Prozent des Warenpreisniveaus im Großhandel in den einzelnen Jahren über resp. unter dem Ausgangsjahre stand. Am höchsten stellte sich die Indexziffer im Jahre 1907, auf 129,61, also fast 30% über den Stand des Jahres 1895 hinausging. Das Jahr 1908 hat uns eine kleine Ermäßigung von 129,61 auf 127,46 gebracht.“

\*) Weizen, Roggen, Kartoffeln, Reis, Schweine, Rinder, Kalb, Hammel, Kaffee, Zucker, Tabak, Steinkohle, Petroleum, Roheisen, Baumwolle, Jute, Seide.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 21. Nov. fällig ist.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1910. Mit dem ersten Januar nächsten Jahres gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennig-Beitragsmarken dürfen über den 31. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen mit den Rechnungsformularen für das 4. Quartal zugesandt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahresluß an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vollleben unbrauchbar gewordenen, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Köln besorgt. Richtig sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenselder im Jahresluß vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkt einzusammeln und nach Köln zu senden. Hier werden die Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugesandt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahresluß die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinschaftlich nach Köln geschickt werden können.

Ferner sind am Jahresluß alle jene Mitgliedsbücher einzusammeln und nach Köln zu senden, die an übergetretene Mitglieder von den Lokalverwaltungen früher ausgestellt worden sind. Diese Bücher werden mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen und wieder zurückgeschickt. Ab 1. Januar werden dann nur noch diejenigen an übergetretene Mitglieder ausgestellten Mitgliedsbücher Gültigkeit haben, die mit dem Stempel des Zentralvorstandes versehen sind.

Erfahrung für verloren gegangene können nur dann ausgestellt werden, wenn die auf Seite 32 der „Anweisungen für die Lokalverwaltungen“ vorgeschriebenen Angaben gemacht werden.

Die Abrechnung vom 3. Quartal haben noch nicht eingesandt: Montabaur, M. Gladbach, Freudenherst, Kaitowitz. Formulare ohne Abrechnungsbeitrag gingen ein aus Schwäge und Waldfisch.

Arbeitslosenstatistik. Nach der bisherigen Erhebungsmethode in der Arbeitslosenstatistik würde als letzter Stichtag im 4. Vierteljahr 1909 der 25. Dezember in Frage kommen. Mit Rücksicht jedoch auf das Weihnachtsfest und darauf, daß bis zum Schlusse des Vierteljahres noch 5 Arbeitstage vorhanden sind, teilt das Kaiserliche Statistische Amt mit, daß als Stichtage im 4. Vierteljahr 1909 der 23. Oktober, 20. Nov. und 1. Januar 1910 gelten sollen.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der in Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

Schreibern und Maschinenarbeitern: Frankfurt a. M. Magdeburg, Delle. Glasern: Erfurt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cham. Am oberen Eingange des bayerischen Waldes liegt im schönen Regental, umsäumt von bewaldeten Höhenzügen, in deren Hintergründe sich die Niesen des bay. Waldes, so der Arber, Ossa und hohe Vogen in blauer Ferne zeigen, das anmutige Städtchen Cham. Nur etwas über 4000 Bewohner zählt es, aber eine Regsamkeit herrscht hier, wie man es hinter diesen Wäldern nicht vermuten würde. Als Bahnhofsplatz von vier einmündenden Bahnen repräsentiert sich Cham mit seinem großen Hinterlande, mit seiner Holz- und Steinindustrie, als Zentrale des oberen bayerischen Waldes. Wer schon in der Lage war, die gewaltigen Holzstämme an Spulen und Blochholz sich anzusehen, kann sich auch denken, daß Cham verhältnismäßig viele Arbeiter beschäftigt, besonders in der Holzindustrie. Nicht weniger als zwölf Firmen befaßen sich mit dem Handel in der Holzbranche. Eine weitere Firma ist im Begriffe ein größeres Sägewerk herzustellen. Obwohl bereits eine Lohnbewegung stattgefunden hat, sind die Lohnverhältnisse der Arbeiter noch sehr tiefstehend. Ein großer Teil der in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter hat den Nutzen der Organisation noch nicht eingesehen, obwohl sie durch dieselbe die erste Lohnaufbesserung erhalten haben. Besonders bei den in den außerhalb des Stadtrahmens sich befindlichen Sägewerken, wie Allentst, Böfing, Amshwang, Janahof und den hier beschäftigten Holzarbeitern bleibt noch viel zu wünschen übrig. Alle Anstrengungen, diese für den Verband zu gewinnen, waren bisher erfolglos. Aber auch diese kommen mit der Zeit noch zu einer besseren Einsicht, wenn wir in der Agitation nicht erlahmen. Aber auch in den eigenen Reihen bleibt noch viel zu tun übrig. Wenn auch die Masse der Arbeiter in den Hauptbetrieben organisiert ist, so stehen doch noch vereinzelte dem Verbande fern. Sorge jeder Kollege dafür, daß wir alsbald geschlossen bestehen zur Wahrung unserer Interessen. Wecht die Schläfer auf, die glauben, daß der Verband nur Unterstützungssache ist!

Zur Aufklärung und Schulung fand am 24. Okt. eine allgemeine Holzarbeiter-Versammlung statt, zu der Arbeitersekretär Kollege Kling aus Augsburg als Redner erschienen war. Obwohl eine sozialdemokratische Gegenversammlung stand und für unsere Verhältnisse der Versammlungsbeginn viel zu spät angelegt war, war doch der Besuch sehr befriedigend. Unser Vorsitzende Kollege Heller leitete die Versammlung. Der Referent Kollege Kling entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise und schilderte er die deutsche Arbeiterbewegung von den ersten Anfängen bis zur Jetztzeit. Er legte klar, daß durch die antireligiösen Tendenzen die, die frei und neutral sein wollen, „deutschen“ Gewerkschaften verfolgt, ein erfolgreiches Zusammenarbeiten aller Arbeiterschichten zur Unmöglichkeit geworden wäre, weil viele Arbeiter von einer solch parteilichen Bewegung abgestoßen würden. Es rechtfertigte sich so die Gründung christlicher Gewerkschaften. Er schilderte den Terrorismus der „freien“ Gewerkschaften gegen die junge Bewegung und den Opfermut und die Ausdauer des kleinen Häufleins christlich organisierter. Mit Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten, dem auch nach Beendigung des Referates großer Beifall wurde. Zur Freude der Anwesenden erschien auch Herr Obersekretär Vogel vom Kgl. Amtsgericht in der Versammlung. Ebenso war der Vorsitzende des Ortsrats Kollege Schwanzl in der Versammlung anwesend. Die Diskussion setzte kräftig ein, wobei Kollege Gruber die Selbstverleumdung bei den „freien“ Gewerkschaften kennzeichnete. Der Vorsitzende des Ortsrats sprach über Gewerbegericht und Sparmarken-Berein, ebenso der Vorsitzende des kathol. Arbeitervereins. Herr Obersekretär Vogel legte mit klaren Worten dar, warum ein Rabatmarkenverein gegründet werden solle, ebenso schilderte er die Vorzüge eines Gewerbegerichts. Starke Beifall bewohnte die Ausführungen des allbeliebten Redners. Mit Befriedigung verließen die Kollegen die Versammlung, als Kollege Heller diese nach dreistündiger Dauer schloß.

Obwohl manche Kollegen des Eisenbahnerverbandes mit ihrem Obmann an der Spitze der Versammlung beimohnten, konnten es doch wieder die jüngeren Kollegen unserer Zahlstelle mit wenigen Ausnahmen über das Herz bringen der Versammlung fernzubleiben. Und gerade diesen hat die Lohnbewegung die meisten Vorteile gebracht. Pflicht der Vertrauensleute und älteren Kollegen ist es, die jüngeren darauf aufmerksam zu machen, daß gerade ihre Zukunft es erfordert, sich besser um die Arbeiterbewegung zu kümmern. Wer auch einzelne ältere Kollegen scheitern in jetzigen Schaff verstanden zu sein. Darum aufgewacht, ihr Schläfer; denkt daran,

daß die Organisation es gewesen ist, die euch dem Sumpfe entrissen hat! Schließt unsere Reihen, denn nur Geschlossenheit kann uns Vorteile bringen und ist um so notwendiger, als gerade jetzt die hiesige freie Zahlstelle die größten Anstrengungen macht, um neue Mitglieder zu gewinnen. Doch ihr Hezen wird wenig Erfolg haben, denn praktische Gegenwartsarbeit ist uns lieber, als das pompöse und pyrasenvolle Vornalen von Unerreichbarem. Wie die „freien“ Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter vertreten, das hat der Solnhofner und Spiegelglasarbeiterstreik bewiesen. Damit haben sich dieselben ein Denkmal roter Schande gesetzt. Denn einen solch niederträchtigen Arbeiterverrat werden wir uns für immer merken. Höchstens können sie einigen feiertagschulentlassenen Wirtschen den Kopf verdrehen. Mit ihrer Agitations-Tendenz können sie und wollen sie auch anderen nicht helfen. Kurzum, die Versammlung hat bewiesen, daß wir auf der richtigen Bahn sind. Darum Kollegen, wollen wir, wenn wieder eine Versammlung einberufen wird, geschlossen, Mann für Mann die Versammlung besuchen. Denn Schulung und Aufklärung ist notwendig für uns alle. Manche Kollegen glauben, weil sie etwas Oekonomie haben, sei der Verband für sie nicht notwendig. Diese mögen sich merken, daß sie es gerade so notwendig brauchen können, und daß sie deshalb nicht verpflichtet sind billiger zu arbeiten. Das wäre nur der Nutzen der Arbeitgeber, die sich schon ins Fäustchen lachen würden ob der Dummheit ihrer Arbeiter. Sie sind es auch den anderen Kollegen schuldig mitzuwirken, weil diese direkt von der Arbeit leben müssen. Wenn wir auch noch eine schwere Zeit vor uns haben, so dürfen wir uns nicht entmutigen lassen, sondern müssen uns vielmehr noch besser zusammenschließen. Bedauerlich ist es, daß gewisse Kollegen glauben, durch viele Ueberstunden ihren Vorteil herausziehen zu können, wissen aber nicht, daß sie dadurch sich die Dauer der Erwerbstätigkeit verkürzen. Schauen wir, daß wir in Zukunft diese Mängel beseitigen können und helfe jeder Kollege dazu unsere Zahlstelle zu heben. Ueberlasse man nicht alle Arbeit in der Agitation der Vorstandschaft, sondern helfe jeder selbst dazu, derselben ihre ohnehin mühevollen und undankbaren Arbeit zu erleichtern, damit sich die arbeitsfrohen Kollegen nicht sobald zurückziehen und noch lange die Interessen der Kollegen mit Freuden vertreten zum Nutzen unserer selbst und unserer Familie.

Hannover. Die am 30. Okt. d. J. abgehaltene außerordentliche Versammlung unseres Verbandes, in der Kollege Hartmann-Hamburg einen Vortrag hielt, läßt erwarten, daß es mit unserer Zahlstelle gut voran gehen wird. Gerade hier in Hannover ist es notwendig, daß die christlich gesinnten Holzarbeiter über eine starke Organisation verfügen. Kollege Hartmann redete den Kollegen eindringlich ins Gewissen, unermüdet an dem Ausbau der Zahlstelle zu arbeiten. Auch die Diskussion sollte zur Agitation anspornen. Kollege Käsehaage schilderte die uns beengenden großen Schwierigkeiten und gab Mittel an zu deren Ueberwindung. Kollege Jakowski betonte die Notwendigkeit der Einigkeit. Den Wert der Hausagitation und der gewerkschaftlichen Aufklärung der Frauen erläuterte Kollege Lange. Den „paritätischen“ Arbeitsnachweis nahm Kollege Kathreiner unter die kritische Lupe. Unzweifelhaft war die Versammlung für alle Teilnehmer sehr lehrreich. Möge der Aufklärung nur die Zeit folgen!

Göppingen. In den sogenannten freien Gewerkschaften wird niemand gefragt, welche religiöse oder politische Ueberzeugung er hat! Mit diesem Ausspruch gehen die sozial. Agitatoren immer noch kreisend. Daß solches Gerede nur Lüge und auf diejenigen gemünzt ist, die leider auch in der Arbeitererschaft nicht alle werden, ist nur zu bekannt. Es ist aber doch gut, hin und wieder einmal Beweise dieser Verlogenheit zu veröffentlichen. Die „vereinigten“ Gewerkschaften in Göppingen gaben folgenden Fragebogen an ihre Mitglieder:

„Wetter Kollege! Es hat sich als eine dringende Notwendigkeit erwiesen, einmal festzustellen, in welchem Umfange die Gewerkschaftsmitglieder zugleich Mitglieder der sozial. Partei sind. Außerdem (nur außerdem d. B.) soll festgestellt werden, in welcher Zahl die Frauen organisierter Kollegen in Fabrikbetrieben beschäftigt, bzw. Heimarbeiterinnen sind. Zu diesem Zwecke ersuchen wir Sie, nachstehende Fragen gewissenhaft zu beantworten.“

Nun folgen 8 Fragen, worauf es heißt: „Den Fragebogen wollen Sie nach erfolgter Ausfertigung dem Ueberbringer zurückgeben. Vereinigte Gewerkschaften.“ — Ein treffendes Zeugnis der sozial. Lüge, in den „freien“ Gewerkschaften werde niemand gefragt, welcher Gesinnung er sei. Daß aber die Zugehörigkeit zur sozial. Partei allein noch nicht genügt, sondern daß von jedem Gewerkschaftsmitglied weiter verlangt wird, sozialdemokratische Einrichtungen mit Geld zu unterstützen, zeigt folgendes Zirkular, welches den „frei“ organisierten Gewerkschaftlern in Göppingen zugeht.

Göppingen, im Juni 1909. P. P. Die Erhebungen zwecks Gründung einer (soz. d. B.) Partei-Zeitung für den 10. württembergischen Reichstagswahlkreis haben ein so erfreuliches Resultat gezeitigt, daß die am 10. Mai d. J. stattgehabte Kreisgeneralversammlung beschlossen hat, die Gründung einer Produktionsgenossenschaft vorzunehmen. Da die erste Zeichnung nur eine provisorische war, so ist es notwendig, daß jeder Zeichner heiliges Beitrittserklärungsformular wiederholt ausfüllt. Wir geben uns nun der Hoffnung hin, daß nicht nur die ersten Zeichner, sondern ein jedes Mitglied der Partei- und Gewerkschaftsorganisation bei einigermaßen gutem Willen in der Lage ist, mindestens einen Geschäftsanteil à 10 Mark zu zeichnen. (Folgt Belehrung über Zeichnung und Einzahlung der Anteile).“

Gerade in Württemberg wie in ganz Süddeutschland geben sich die sozial. Gewerkschaftsagitatoren gewissenhaft ein neutrales Gesicht. Sie zeigen sich auch, wenn es nottut, als sehr religiös, um sich dadurch bei noch christlich gesinnten Arbeitern wie auch bei anderen Kreisen, anzubinden als die einzig wahre neutrale Organisation. Es erscheint deshalb notwendig, daß dieser Gesellschaft ab und zu die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen wird.

Mühlhausen i. G. Der Gemeindevorstand der Stadt Mühlhausen hat in seiner Sitzung vom 10. November die Einführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung endgültig beschlossen. Mit dem 1. Dezember tritt dieselbe bereits in Kraft. Demnach erhalten jene unverschuldete arbeitslos werdenden Arbeiter oder Arbeiterinnen, die einer Arbeiterorganisation angehören, welche ihnen statutenmäßig eine Arbeitslosenunterstützung gewährt, ebenfalls von der Stadt einen Zuschuß zu dieser Unterstützung. Die Höhe dieses Zuschusses beträgt 70% des von der in Betracht kommenden Organisation gewährleisteter Unterstützungsbetrages. Für Arbeiter mit unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen werden 80% dieses Betrages in Anrechnung gebracht. Erhält z. B. ein Arbeiter von seiner Berufsorganisation wöchentlich 6 Mark Arbeitslosenunterstützung, so beträgt der städtische Zuschuß 4,20 Mark, oder falls dieser Arbeiter unterstützungsbedürftige Familienangehörige hat, 4,80 pro Woche.

Insgesamt würde somit dieser Arbeiter eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 10,20 Mark, bzw. 10,80 Mark beziehen. Wie nun bei den meisten gewerkschaftlichen Berufsorganisationen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung erst vom Tage der ersten Anmeldung ab unter Anrechnung der vorgeschriebenen Karenzzeit in Kraft tritt, so ist für den Bezug der städtischen Arbeitslosenunterstützung dieser Anmeldungs tag ebenfalls maßgebend. Es ist daher für die organisierten Arbeiter von größtem Interesse, daß sie eine eventuell eintretende unverschuldete Arbeitslosigkeit sofort am ersten Tage bei dem Vorstand ihrer Organisation und dem städtischen Arbeitsamt zur Anmeldung bringen.

Bochum. Am Freitag, den 12. Nov. fand hier die Wahl des Gesellenausschusses zur Bau-Zinnung statt. Die Wahlbeteiligung war eine rege. Hatten sich die „Genossen“ bei der letzten Wahl überhaupt nicht beteiligt, so versuchten sie jetzt die christlichen Gewerkschaften durch eine Ueberrumpelung aus dem Sattel zu heben. Zu diesem Zwecke hatte man eine intensive geheime Agitation entfaltet und schreckte auch wiederum nicht vor Wahlchwindelereien zurück. So wurden drei „Genossen“ protokolllarisch festgesetzt, welche auf den Namen anderer wählen. Man hatte aber die Rechnung ohne die christlichen Gewerkschaften gemacht. Es wurde den „Genossen“ gezeigt, daß das Gros der in Betracht kommenden Arbeiter nichts von der Sozialdemokratie wissen will. Abgegeben wurden 396 Stimmen, davon erhielten: die Liste der christlichen Gewerkschaften 237, die der sozialdemokratischen 159 Stimmen. Die Niederlage der Genossen ist eine wohl verdiente. Daß auch der Humor bei der Wahl zur Geltung kam, beweist folgendes: Unter den Namen der aufgestellten Genossen-Kandidaten befanden sich folgende Namen: Kühl, Giesberts, Pabst und Kaiser. Dieses veranlaßte einen Witzbold zu dem Ausruf: „Die Christlichen wählen nicht einmal einen „Pabst“ und „Kaiser“ und auch an „Giesberts“ gehen sie „Kühl“ vorüber.“

Krefeld. Sonntag den 21. November vormittags von 9 bis 12 Uhr findet im Junngshause, Wilhelmstraße 18, die Vertreterwahl zur Tischler-Zinnungs-Krankenkasse statt. Wahlberechtigt sind alle Kassennmitglieder, die das 21. Lebensjahr erreicht haben. Da die Wahl nach dem Verhältniswahlsystem getätigt wird, kommt es auf jede einzelne Stimme an. Es ist Ehrenpflicht aller Kassennmitglieder, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Kein Kollege darf der Wahl fern bleiben! Die christliche Kandidatenliste beginnt mit dem Namen des Kollegen Anton Kemper. Man achte besonders hierauf.

Tapezierer und Sattler.

Jugoskiadt. Am 18. Oktober fand hier, wie auch an vielen anderen Orten, eine öffentliche Versammlung, einberufen vom sozial. Tapeziererverbande, statt. Sie sollte Aufklärung bringen über die Frage: „Wer vertritt die Interessen der Tapezierer?“ Der Besuch war ein äußerst schlechter. Von den zehn im roten Verband organisierten Tapezierern, fanden es nur vier der Mühe wert, ihren Referenten anzuhören. Von unserem Verband waren fünf Kollegen anwesend. Nachdem der Referent Böhl aus München einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gab, wies er dann darauf hin, daß der „freie“ Tapezierer-Verband in Bezug auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe, und empfahl er, energisch für denselben zu agitieren. Nach dem Referate meldete sich Kollege Schmitt von unserem Verbande zum Wort. Er führte aus, daß die Tapezierer nach Lage ihrer hiesigen Verhältnisse sehr notwendig hätten, sich gewerkschaftlich besser zu organisieren. Es sei aber nicht notwendig, daß sich die Kollegen der sozial. Berufsorganisation anschließen. Es sei den Kollegen auch Gelegenheit geboten, sich christlich zu organisieren und zwar im Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Redner streifte auch die jüngst in den größten Verwaltungsstellen des roten Tapezierer-Verbandes angestauchte Frage, behufs Verschmelzung mit dem Holzarbeiter-Verband und zeigte so, daß sich der falsche Berufsstolz selbst im sozial. Verband verliert. Nachdem auch noch Kollege Frech den „Genossen“ bittere Wahrheiten jagte, setzte eine allgemeine Polemik ein. Der Referent kam wie gewöhnlich auf den Sozialismus, auf die Reichsfinanzreform und auf die Zentrums-Gewerkschaften zu sprechen. Er vertiefte sich so weit, zu behaupten, daß Kollege Giesberts bei Behandlung des Reichsvereinsgesetzes laut ihrem stenographischen Bericht die christlichen Gewerkschaften als reine Zentrums-Gewerkschaften bezeichnete. Nachdem inzwischen die Zeit schon vorgerückt war, entfernten sich die Kollegen und die Versammlung verlief im Sande. Den Kollegen dürfte diese Versammlung ein Beweis dafür gewesen sein, daß nicht im sozial. Tapeziererverband, sondern im Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ihre Interessen am besten vertreten werden.

Krankengeldzuschußkasse.

Neue Adresse: Bochum, Kassierer Hermann Schimmel, Kortentpad 6.

Gewerkschaftliches.

Ein töplicher Vereinfall ist verschiedenen, den christlichen Gewerkschaften nicht freundlich gesinnten Blättern passiert. So auch dem „Vorwärts“. Ein bauernbündlerisches Blatt in Würzburg, das vor allem den bayerischen Postler-Verband nicht ausliehen kann, hatte dieses und jenes an dem Verbande auszusprechen und kramte mit der wichtigsten Miene von der Welt Selbstverständlichkeiten hervor, die kompromittierend wirken sollten. Daraufhin führte der Schaff dem Redakteur der „Bayerischen Post“ die Feder zu einer Notiz, in der gesagt wird, der Verbandsvorstand habe den Verbandssekretär mit 100 000 Mk. in eine Lebensversicherung eingekauft. Die Kosten trage aber nicht der Verband, sondern der Hauptzuschuß, der aus 12 Mitgliedern bestehe, von denen jedes 1000 Mk. von seinen Lantimen hergebe. Die „ach so freundlich gesinnte Presse“, fiel wie gewünscht auf diesen Scherz herein und veründete der flauenden Mitwelt, daß etwas faul im Postler-Verbande sei. Der Ausschuß müsse sein Amt statutenmäßig unentgeltlich verwalten. Woher nun das Geld? Und die horrenden Einkaufssumme für den Sekretär? Also Mißwirtschaft über Mißwirtschaft! Großer Aufsehn! Der „Vorwärts“ berichtete gar unter dem anziehenden Titel: „Intimes aus einem christlichen Verband. Jetzt der Vereinfall. Er ist nicht unverdient. Der Haß gegen die christlichen Gewerkschaften geht eben so weit, daß selbst die größten Scherze als Tatsachen aufgefaßt werden.“

**Tarifverhandlungen im Malergewerbe.** Die Verhandlungen zwecks Abschluß eines Reichstarifs für das deutsche Malergewerbe, die seit dem 5. November in Berlin zwischen dem Hauptverbande deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und den drei Gehilfenverbänden stattfanden, sind am 15. November abgebrochen worden. In den unter dem Vorsitz der Unparteiischen, Magistratsrat von Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München und Beigeordneter Rath-Essen-Muhr stattgefundenen Beratungen wurde nur über einen Teil eines Tarifvertragschemas eine Einigung erzielt. Die strittig gebliebenen Punkte des Schemas sollen durch Schiedsprüche geregelt werden. Die Weiterberatung über Arbeitszeit und Lohnhöhe, scheiterten daran, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse in bezug auf dieselben machen wollten, worauf die Gehilfenvertreter nicht eingehen konnten. Anfangs Januar sollen erneute Verhandlungen hierüber stattfinden, die bis spätestens 15. Januar beendet sein müssen. Um in der Zwischenzeit keine tariflose Zeit eintreten zu lassen, sind sämtliche Tarife bis zu diesem Termine verlängert worden. Der christliche Malerverband war bei den Beratungen durch seinen Vorsitzenden Melcher-Düsseldorf, sowie Brauer-Düsseldorf, Nibel-München, Abel-Frankfurt a. M. und Wohlgemuth-Rönigsberg vertreten.

**Freie Gewerkschaften und Freidenkertum** ziehen an einem Strange. So lesen wir vom „freien“ Verband der Bauhilfsarbeiter, Zahlstelle Nürnberg, in der Fränkischen Tagespost Nr. 249. 25. Okt. 09., daß dessen Versammlung vom 20. Okt. d. J. beschlossen hat, „dem Verbände bayrischer Freidenker (Sig. Fürth) als Zuschuß für bessere und ausgiebige Agitationsentsaltung gegen das volksverdummende Pfaffentum aus der Lokalkasse 20 Mk. zu bewilligen“. — Deutlicher kann wohl die Christentumsfeindliche Haltung der sozial. Verbände nicht dokumentiert werden.

Die „Ausgelernten“. Vor kurzem hat der sozialdem. Holzarbeiter-Verband in Berlin alle am 1. Oktober „Ausgelernten“ der Holzindustrie zu einer zwanglosen Aussprache eingeladen, um unter ihnen neue Mitglieder zu werben. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat die Veranstaltung den gewünschten Erfolg gehabt. Ein dem Verständnis der jungen Kollegen angepaßtes Organ des Mitgetelten Klingner über die Bedeutung der Organisation leitete die Aussprache ein. Letztere soll äußerst lebhaft gewesen sein und wurde namentlich Beschwerden über das Lehrverhältnis und die Gesellenprüfung vorgebracht. — Eine solche Veranstaltung verdient an allen Orten Nachahmung. Leider wird sich meistens nur sehr wenig um die Ausgelernten gekümmert. Demerkt sei hierbei, daß auch die Zahlstelle Hildesheim unseres Verbandes seit einigen Jahren den Ausgelernten ein größeres Augenmerk zuwenden und zum nicht geringen Teile dieser Kategorie ihre Ausbilder verbündet.

Wie sich der Arbeiter verhalten machen kann zeigt eine Verhandlung am Doctumder Schöffengerichte. Ein aus der sozial. Partei hinausgegangener Obergerichtshilfe gegen den demotowidigen Redakteur der sozial. Arbeiter-Zeitung Privat-Kay angeklagt, n. a. auch deshalb, weil er den gemachten Vorwurf des Streikbruchs nicht auf sich sitzen lassen wollte. Der Angeklagte wurde zwar bestraft, doch erklärte das Gericht in der Urteilsbegründung, wenn der Kläger arbeitswillig gewesen sei, so habe er sich überaus verdient gemacht und gebühre ihm nur Anerkennung. — Das Doctumder Gericht muß doch eine sonderbare Auffassung von der Ehre des Arbeiters haben.

**Sozialdemokratische Verleumdung.** Die Sozialdemokratie führt seit Monaten gegen die christlichen Gewerkschaften einen wilden Kampf, wobei auch zu den unlächerlichsten Mitteln gegriffen wird. So geht z. B. eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, worin behauptet wird, die christlich organisierten Textilarbeiter hätten in Lantenbach-Zell (Sachsen) Streikbruch verübt. Der Bericht der Dinge war aber derart, daß man eher das Gegenteil behaupten könnte. Der von demselben verübene Streik, bei dem christliche Arbeiter nur zu einem beschuldigten geringen Bruchteil beteiligt waren, ist nach 7 Wochen gewährt. Am 2. Nov. c. waren bereits etwa 50 Arbeitswillige im Betriebe, darunter kein einziger christlicher Arbeiter, wohl aber ein führender Genosse, der als „Rechte“ voranging. Diese Tatsache verweigert die rote Presse natürlich. In einer Berichtigung, die am Abend des genannten Tages herauskam, sprachen sich verschiedene Sozialdemokraten für Aufnahme der Arbeit aus. Folgendes gingen am anderen Morgen zahlreiche Streikende in den Betrieb, darunter eine Anzahl Sozialdemokraten und auch einige christliche Arbeiter. Demnach hat wurde behauptet, daß nachträglich die Arbeit allgemein aufgenommen

wurden sollte. Blödiel gaben nachher die Sozialdemokraten die Parole heraus: Die Arbeitsaufnahme soll erst am nächsten Morgen erfolgen. Diese Verleumdung erfolgte nur zu dem Zweck, die christlich organisierten Arbeiter zu dupieren und denselben nachträglich die Schuld an dem verlorenen Kampf in die Schuhe zu schieben. Die christl. Arbeiter empört über das durchsichtige Manöver der „Genossen“ hatten aber keine Veranlassung die lächerliche Komödie mitzumachen, sie besetzten vielmehr die vorher getroffene Vereinbarung. Die Sozialdemokraten hätten jedenfalls alle Ursache, sich der Heimtücke und Verleumdungssucht gewisser Gezer in ihren Reihen zu schämen.

Unterstützt die „Genossenschaftliche Bürstenfabrik Bamberg (Pfalz)“. Die Zeit der Weihnachtserlösen rückt wieder heran und wollen wir nicht verfehlen, diese Gelegenheit zu benutzen, um auf die von unserem Verbände gegründete Genossenschaftliche Bürstenfabrik in Bamberg aufmerksam zu machen. Deren Fabrikate gehören größtenteils zu den allernotwendigsten Gegenständen des Haushaltes und sollten die Bürstenerzeugnisse der Fabrik deshalb bei keiner Verlosung fehlen. Wie uns die Direktion der Genossenschaftlichen Bürstenfabrik mitteilt, hat dieselbe folgende kleine Kollektion zusammengestellt: ein Fibrschrubber, eine Waschbürste Frauenlob, eine Schühbürste, eine Koffhaars Ausstragbürste, eine Koffhaars Wischbürste, eine Kleiderbürste (reine Porzellan), ein Handbesen (gelb lackiert), ein Koffhaars Staubbesen. Die sämtlichen Gegenstände kosten zusammen 7 Mk. Die Kollektion kann nach Belieben erweitert werden. — Unsere Kollegen werden gewiß nicht veräumen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die „Genossenschaftliche Bürstenfabrik“ zu verweisen.

Der sog. Trierer Eisenbahner-Verband (jetziger Sig. Berlin) befindet sich noch immer auf der schiefen Ebene. Es scheint fast, als hätten die Sozialdemokraten im Verband die Oberhand bekommen. So hat das Organ des genannten Verbandes bei der vor kurzem in Berlin stattgefundenen Landtagswahl die Mitglieder aufgefordert, dem bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme nicht zu geben. Diese Aufforderung bedeutet nichts mehr und nichts weniger als ein Eintreten für die Sozialdemokratie. Der Verband dürfte, wenn er so fort fährt, bald mit seinem Latein am Ende sein. Die durch solche Vorgänge jedoch geschaffene Klarheit trägt nicht wenig zum Erstarken des dem Gesamtverbände angeschlossenen Zentralverbandes der deutschen Eisenbahnarbeiter und Arbeiter (Sig. Elberfeld) bei. Nach nur einjährigem Bestehen zählt dieser Verband schon ca. 9 000 Mitglieder.

**Soziale Rundschau.**

**Krankenkassen und Wirtschaftskrise.** Daß in Krisenzeiten die Krankenkassen einen besonders schweren Stand haben ist eine allbekannte Tatsache. Mit bedeutenden Material dienste in bezug hierauf der Bericht der Hamburger freien Hilfskasse der Zimmerer zur Generalversammlung, der erlaut (Vorwärts 22. 6. 1909), daß die Krise geradezu eine verheerende Wirkung auf die Kasse ausübte. Die Kasse habe im vergangnen Jahre mit einem Defizit von 71 000 Mk. abgeschlossen. Der Reservefonds solle eine Höhe von 507 226 Mk. haben, das Vermögen der Kasse betrage jedoch nur 334 041 Mk. Es müssen deshalb zur Ergänzung des Reservefonds im laufenden Jahre 57 000 Mk. aufgebracht werden. Die durch den Reichsversicherungsordnung-Gesetzentwurf hervorgerufene Unsicherheit würde sehr lähmend auf die Entwicklung der Kasse. Falls der Entwurf Gesetzkraft erlange, könne der Kassenvorstand die Aufrechterhaltung der Kasse mit gutem Gewissen nicht empfehlen.

**Aus dem gewerblichen Leben.**

**Austräge für die Waggonfabriken.** Wie die Magdeburger Zeitung meldet, beabsichtigt die preussische Regierung von dem demnächst wieder zusammen tretenden Landtage 150 Mill. Mk. zur Beschaffung neuer Güterwagen zu fordern. Sollte dieses der Fall sein, dann müssen im Sinne des Güterwagen-gemeinschafts-Vertrages auch die übrigen Staaten zur Vermehrung ihres Wagenparks schreiten. Sachsen müßte z. B. seiner Beteiligung entsprechend circa 14 Millionen Mk. für neue Güterwagen ausgeben.

**Jahresgewinnverhältnisse im Berliner Holzhandel.** Zwei bedeutende Berliner Holzhandlungsfirmen J. Brühl und Kurt Balkenitz sind in Jahresgewinnverhältnissen geraten. Bei ersterer Firma sollen die Passiven 4 Millionen, bei letzterer 2 Millionen Mark betragen. Fast die gesamten Berliner Geschäfte sind an den Jahresgewinnen beteiligt.

**Literarisches.**

**Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1910.** Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert 40 Pf., gebunden in Leinwand 50 Pf. Verlag der Germania Akt.-Ges., Berlin C 2, Stralauer Straße 25. Das bekannte Taschenbuch erscheint hiermit zum achtenmale, ein Beweis, daß es ihm gelungen ist, sich viele und dauernde Freunde zu erwerben; tausenden von Arbeitern und Arbeiterfreunden, die den Wunsch nach sozialpolitischer und religiöser Weiterbildung haben, ist es ein ebenso lieber wie nützlicher Ratgeber geworden. Wiederum ist es in verbesserter Form erschienen. So ist das Kalendarium wieder auf Schreibpapier gedruckt, wodurch das Buch für umfangreiche Notizen noch besser wie bisher gebraucht werden kann. — Der Inhalt ist diesmal besonders wertvoll und praktisch. Wir beschränken uns darauf hier nur anzuführen: Religion und Kultur; Etwas vom Freidenkertum; Das Glück im Arbeiterverein; Auf dem Weg zum Arbeiterstande; Gewerkschaft und Politik; Die gelben Gewerkschaften; Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908; Fortschritte im Arbeiterimmensschul; Soziales Adressbuch. Jedem Arbeiter wird das Büchlein von größtem materiellen und ideellen Nutzen sein. Der reiche und praktische Inhalt wird jeden befriedigen. Der Preis muß als ein niedriger bezeichnet werden.

**Fachliche Notizen.**

**Geschmolzenes Holz.** Fast unendlich erscheint es, Holz zum Schmelzen zu bringen. Und doch soll dieses möglich sein. Von verschiedenen Seiten sollen berartige Versuche angestellt und auch gegliedert sein. Das Schmelzverfahren soll sich in der Weise vollziehen, daß das Holz in einen luftdichten Kessel getan, dem Kessel der Sauerstoff entzogen und an dessen Stelle Stickstoff eingeführt wird. Bei einer Erhitzung von 800 bis 900 Grad soll das Holz im Stickstoff zwei Stunden liegen bleiben und damit die gewünschte Form erzielt werden. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so würde die Erfindung eine glänzende Zukunft haben, zumal durch Zusatz antiseptischer Substanzen beim Schmelzprozess die Masse fast unzerstörbar zu machen sein soll.

**Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.**

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgenommen. Wer von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder diesbezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze den Fragekasten.

Antwort 16: Zu ungelöschtem Kalk mischt man ein Quantum Seifenlösung, sodas die Mischung dickbreitige Konsistenz hat. Mit dieser Mischung bestreicht man die ganze Platte zwecks gleichmäßiger Aufrichtung. Nach 24 Stunden entfernt man den Anstrich und pulvt mit Seifenwasser rein, wonach die Platte wieder rein und schön erscheint.

Antwort 17: Das vom Wurm angebohrte Holz reichlich mit Karbolschwefelsäure bepinseln.

Antwort 18: Am raschesten mit mäßig starker Lauge, welche man mit einem von einem Lappen umwickelten Stod aufträgt. Dann mit feiner Bürste und reinem Wasser nachputzen, gut trocknen lassen und hierauf schleifen. Sorgfältig ausgeführt wird das Holz fast wie neues aussehen.

Frage 20: Wo kauft man wasserfesten Leim oder wie stelle ich ihn selbst her?

Frage 21: Wie gibt man Eichenholzfabrikaten das Aussehen von Alteichen?

Frage 22: Ich habe eine Wandbekleidung in imitiert Lederholz herzustellen; wüßte mir ein Kollege vielleicht zu sagen, welches Material ich am besten dazu gebrauchen kann und wie oder womit ich sie zu beizen habe?

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich der möglichsten Kürze in der Fassung zu befehligen.

**Adressenveränderungen.**

- Chem. R. Zaver Meier, Untere Regenstraße 40.
- Chem. V. Garnedi, Warschauerstraße 14.
- Magdeburg. R. St. Wehrmayer, Anhaltstraße 11 a Stb.
- Sterkrade. V. Peter Steiner, bei Schreinermeister Kampmann, Segefeldstraße.
- Stah. V. Paul Pompe, Schwedelborferstraße 37.
- Goslar. V. Wilhelm Koch, Breitestraße 20.
- Magdeburg. R. Aug. Brauner, St. Michaelstraße 27.
- Wanne. R. A. Kluge, Wannerstraße 96. 12—1 u. 7—8.

**Briefkasten.**

Des starken Stoffandranges halber, mußten wieder mehrere Berichte zurück gestellt werden.

**Sie Schreiner.**  
 Geht in den Waldweg 300 Seiten  
 1-10 für ca. 60 Pfennig, in Farbe, für nur  
 3 Mark abzugeben.  
 Paul Raab, Leipzig.  
 Düsseldorf, Postfach 45.  
 Max bezieht des  
**Taschenbuch für 1910**  
**Schreiner-**  
 Werkzeuge...  
 Preis...  
 Inhalt...

**J. Kollner's**  
**Fabrik für Gläser u. I. gewähl. Zeilen**  
 zu Schmied, Eisenwerk, etc. Glasfabrik.  
 Juris- und schiedsmäßiger Verlauf  
 mit Lager- und Abrechnung.  
 In drei Monaten: Ausbildung zum Schreiner  
 und Vorbereitung für die Meisterprüfung.  
 In sechs Monaten: Ausbildung zum Tischler  
 und Tischlermeister.  
 Monatlich 25 Mark pro Monat.  
 Inzahlungnahme möglich.  
 Eintritt kann jederzeit erfolgen. Mit Kostgeld  
 nach die Direction: **J. Kollner.**  
 Welche genau angibt.

**Eingelegte Journiere**  
 für Küchler, Schreiner, Schlosser.  
 Werkzeuge gegen 20 Pf. in Dreiecksform.  
 Preisliste: ...  
 Adresse: ...

**Süddeutsche**  
**Schreiner-Fachschule**  
 Nürnberg.  
 Erklässige Lehranstalt.  
 Erlangen 14. Nr. 1. E. K. K.

**Tischler-Fachschule**  
 Magdeburg a. Harz  
 geübte Ausbildung als Werkmeister, Werk-  
 meister und Tischler. Programm frei.  
 Direktion: ...  
 In Zahlungnahme möglich. ...  
 Preis...  
 Inhalt...

**Tischler-Fachschule Detmold**  
 gegründet 1893. Städt.  
 Schulgebäude, Meister,  
 Werkmeister, Zeichner,  
 Grossa Hör- u. Zeichen-  
 Säle. :: Werkstätten.  
 :: Programme frei ::  
**Direktor Brecht**

**Mitteldeutsche Tischler-Fachschule**  
 Cöthen in Anhalt.  
 Erste hoh. Lehranstalt der Branche in. Repetitions-  
 kassen (Meisterprüfung) und Selbststudien.  
 Programme frei durch die Direktion.